

30.6. in Herford**Naziaufmarsch in Herford verhindern!**

Für Samstag, den 30. Juni planen Neonazis aus dem Spektrum der so genannten "freien Kameradschaften" aus Nordrhein-Westfalen und der "Nationalen Offensive Schaumburg" (NOS) einen Aufmarsch in Herford. Der Naziaufmarsch in Herford knüpft unmittelbar an die Nazi - Demonstrationen der letzten Monate in Paderborn, Minden, Bielefeld und Gütersloh an.

Unter dem Motto "*Gesinnungsparagrafen abschaffen! - Freiheit für alle nationalen politischen Gefangenen!*" wollen die Neonazis ihre Solidarität mit ihren "inhaftierten Kameraden" und Holocaustleugnern Ernst Zündel, Germar Rudolf, Michael Regener und Axel Reitz öffentlich kundtun. Geplant ist des weiteren eine Zwischenkundgebung an der Herforder Jugendvollzugsanstalt, wo die Faschisten ihre Grußbotschaften an die Gefangenen verlesen wollen. Gerichtet sind die Grußbotschaften insbesondere an den Neonazi Sven Kahlin, der bereits seit zwei Jahren in der Jugendvollzugsanstalt Herford wegen "*Tot-schlags*" einsitzt. Dieser erstach im März 2005 in Dortmund den Punk Thomas Schulz und wurde zu einer Haftstrafe von sieben Jahren verurteilt. Sven Kahlin hatte enge Kontakte zu organisierten Neonazis und war Mitglied der "Skin Front Dorstfeld", die zur Kameradschaft Dortmund gehört.

Der Naziaufmarsch soll um 11.00 Uhr am Herforder Hauptbahnhof beginnen. Nähere Informationen zur Nazi-Route sind noch nicht bekannt. Informationen zu Gegendemonstrationen, Kundgebungen, Mahnwachen und sonstigen Protestaktionen könnt ihr euch unter der Internetadresse <http://www.genuegstgenueg.net> einholen.

Ignoranten Ignorieren!**Minden: Der Aufmarsch der Nazis**

Rund 800 Menschen demonstrierten am 17. März 2007 gegen den Aufmarsch der „Nationalen Offensive“ und der neonazistischen NPD in Minden. Es war der vierte Naziaufmarsch in Minden innerhalb von sechs Monaten. Die bisherigen Naziaufmärsche in OWL scheiterten am massiven Protest der GegendemonstrantInnen.

Auch dieser Aufmarsch begann für die rund 150 Nazis alles andere als erfreulich. 120 AntifaschistInnen blockierten die Demonstrationsroute und ließen die Neonazis etwa eine Stunde lang auf der Weserbrücke buchstäblich im Regen stehen.



Den Versuch, ihre ausländischerfeindlichen und volksverhetzenden Parolen zu verbreiten, machten etwa 300 Gegendemonstranten durch Pfiffe und Sprechchöre zunichte. Vor lauter Frust zerstörten die Neonazis unter den Augen der Polizei die an der Weserbrücke angebrachten Schülertransparente. Als die Neonazis ein Transparent mit der, volksverhetzenden Aufschrift „Multikulti ist Völkermord“ auspackten, zeigte die Polizei keine

Reaktion. Auch das Zeigen der Reichskriegsflagge hat die Polizei nicht unterbunden.

Gegen die AntifaschistInnen zeigte die Polizei jedoch mehr „Engagement“. Ihr Auftrag war es, den Neonazis die Marschroute mit allen Mitteln frei zu machen. Mit besonderer Härte ging sie gegen die 120 BlockiererInnen der Demonstrationsroute vor. Diese wurden drei bis vier Stunden lang eingekesselt. 43 von ihnen wurden in Gewahrsam genommen, einige Mindener SchülerInnen mussten sich auf offener Straße vor den Augen männlicher Polizisten und der Anwohner fast vollständig entkleiden. Die Handfesseln (Kabelbinder) wurden so fest zugezogen, dass die Festgenommenen Blutergüsse und Hautabschürfungen davon trugen.

Telefonate mit Angehörigen oder Anwälten wurden ebenso wie Toilettenbesuche verweigert und den Betroffenen im Falle des Einnässens mit Sanktionen gedroht. Während die Polizei die protestierenden SchülerInnen wie Straftäter behandelte, durfte der einschlägig vorbestrafte Neonazi und führende Kopf der „Nationalen Offensive Schaumburg“ Marcus Winter seine Neonazigruppe unter massiver Mithilfe der Polizei durch die Straßen Mindens führen.

Letztendlich konnten die Neonazis, mit kleineren Abweichungen, ihre Route durchmarschieren. Das lag neben der massiven/ aggressiven Polizeipräsenz vor allem daran, dass sich im Vergleich zu den vormaligen Demonstrationen weniger Menschen an den Gegenaktivitäten beteiligten.

Rückblick:

Naziaufmärsche in OWL

• **Gütersloh, 25.03.2006**
150 Neonazis werden von über 3.000 Gegendemonstranten ausgepiffen. Nach 800 Metern Marsch werden die Neonazis erfolgreich blockiert.

• **Bielefeld, Gütersloh & Minden, 16.09.2006**
Am sogenannten Großkampftag OWL kamen 150 Nazis in Bielefeld zusammen und mussten nach einer zwei-stündigen Blockade Bielefeld verlassen. Anschließend Demos der Nazis in Minden und Gütersloh mussten auch vorzeitig abgebrochen werden. Insgesamt beteiligten sich 6.500 Demonstranten an den Gegenaktivitäten.

• **Minden, 25.11.2006**
300 Antifaschisten versammelten sich in der Mindener Innenstadt, um gegen den geplanten Naziaufmarsch zu protestieren. Ganze 12 Neonazis folgten dem Aufruf der „Nationalen Offensive Schaumburg“.

• **Minden, 24.12.2006**
Dem Aufruf der neonazistischen Gruppierung der „Nationalen Offensive Schaumburg“ folgen 50 Neonazis. 600 Gegendemonstranten zeigten Courage und schickten sie auch dieses mal durch eine erfolgreiche Blockade nach Hause.

• **Minden, 17.03.2007**
800 Antifaschisten stellen sich 150 Nazis in den Weg.

• **Paderborn, 28.04.2007**
Über 2.000 Menschen sammelten sich am Paderborner Hbf, um gegen die von der „Nationalen Offensive Schaumburg“ organisierte Neonazikundgebung zu protestieren. Aufgrund der Vielzahl von Gegendemonstranten konnte der von den Neonazis eingeplante Kundgebungsort vor dem Arbeitsamt besetzt werden. So sahen sich die Neonazis gezwungen, ihre einsame Kundgebung unter Ausschluss der Öffentlichkeit auf dem abgeriegelten Bahnhofsvorplatz zu halten.

131 Tote: Opfer rassistischer Übergriffe

Zwischen 1990 und 2004 sind mindestens 131 Menschen in Deutschland durch rassistische Übergriffe ums Leben gekommen. Unter folgendem Link findet ihr eine Dokumentation der 131 Todesfälle:
http://www.opferperspektive.net/Materialien/Ausstellungen/Opfer_rechter_Gewalt/513.html

Rechte Straftaten steigen weiter an

Die Zahl der von Neonazis und anderen rassistisch motivierten Tätern verübten Straftaten ist von Anfang Januar bis Ende August 2006 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 20 % gestiegen. Im Vergleich zu 2004 bedeutet das einen Anstieg von 50 %.





Zu verdanken ist das sicherlich der vom Mindener Bürgermeister Michael Buhre und vom DGB im Vorfeld propagierten „Taktik des aktiven Ignorierens“. „Sie werden uns nicht sehen, aber wir sind trotzdem da“, hieß es in einer Erklärung des Bürgermeisters dazu. Das „aktive Ignorieren“ scheiterte auf ganzer Linie – die Nazis feierten im Internet ihre erfolgreiche „Eroberung“ Mindens. Der Herr Bürgermeister hätte vielleicht einmal kurz ins Geschichtsbuch schauen sollen:

Hier gibt es eine Menge über die blutigen Folgen des aktiven Ignorierens zu lesen. Auch vor 1933 gab es – leider – eine große Menge von Bürgern und Politikern, die die Taktik des aktiven Ignorierens propagierten.

Wir können an dieser Stelle nur dazu auffordern, die Ignorier-Fraktion zu ignorieren und vehement und offensiv gegen die neonazistischen Aktivitäten zu demonstrieren. Nichts wünschen sich die Nazis mehr, als ungestört ihre menschenverachtende Politik in die Öffentlichkeit tragen zu können. Das kann nur durch Gegendemonstrationen und Öffentlichkeitsarbeit und nicht durch „aktives“ Wegsehen erreicht werden.

Die verlogenen Argumente der Nazis - Teil 1

Viele haben sicher schon Parolen oder Schlagwörter von Nazis gehört oder gelesen, die weiter verbreitet sind und auch von anderen Parteien und Organisationen propagiert werden. So etwas wie „Gegen Sozialabbau und Rentenklau“, oder „Nieder mit dem Kapitalismus“ klingt für viele erst einmal so gar nicht falsch und ziemlich ungefährlich.

Nazis sind für den Ausbau des Sozialsystems und gegen seine Aushöhlung?

Viele rechtsradikale Gruppen geben an, sich verstärkt für Sozialleistungen einzusetzen und prangern die aktuelle sozialfeindliche Politik an. Was steckt dahinter?

Als Beispiel das Thema „Bildung“: Bildung ist nach Nazi-Auffassung Recht eines/r jeden Deutschen. „Jeder“ meint in Wirklichkeit also nicht alle. Zum einen nicht die ausländischen Mitbürger, und zum anderen auch nur die, die „die entsprechende Begabung“ haben, wie es zu Beispiel die „Jungen Nationalen“ formulieren. Das bedeutet, dass es spezielle Einschränkungen geben soll, wer frei Bildung genießen kann, und wer nicht.

Zwar soll die soziale Schicht kein Kriterium sein, wohl aber ist bekannt, dass Nazis gerne eine Ausnahme bei denen machen, die sich wirklich ganz unten befinden. Diese Kriterien gelten auch für andere Bereiche und betreffen so zum Beispiel Kindergeld und Kindergartenplätze. Solche Ausnahme-Klauseln für „soziale“ Forderungen sind absolut nicht sozial.

Einen eindeutigen

ational bestätigten Atlanten üblich. Sie scheuen sich nicht davor, fremdes Gebiet als deutsches Eigentum anzusehen, und gleichzeitig exakt dies Verhalten Anderen zu unterstellen und zu verurteilen.

Ein weiterer Kritikpunkt rechter Parteien und Gruppen ist die Arbeitsplatzauslagerung, für die sie die Globalisierung verantwortlich machen. Ausländische Konzerne und Investoren bedrohten die innere Arbeitsmarktsituation. Mit keinem Wort erwähnen sie jedoch die eigenen deutschen Firmen, die außerhalb Deutschlands ihr Unwesen treiben, und auf Kosten ausländischer Gesellschaften Profit machen.

Verboten bringt nichts!
Man muss sich mit denen inhaltlich auseinandersetzen!!



Beweis dafür, dass die Thematisierung von Sozialem eine Tarnung ist, liefert die "Deutsche Stimme"; laut ihr ist „durch eine geschickte Thematisierung der 'sozialen Frage' in Verbindung mit der Ausländerpolitik eine nationalistische Politik besser als je zuvor in den Köpfen des Volkes zu verankern.“

Nazis sind gegen die Globalisierung?

Globalisierungsfeindlich sind Nazis laut ihrer Schriften durch und durch.

Besonders kritisiert zum Beispiel die „Nationale Offensive Schaumburg“, dass Globalisierung „undemokratisch“ sei. Was hat das zu bedeuten, dass sich Nazis um Demokratie sorgen? Zur Erinnerung; Die NPD zum Beispiel führt folgendes Zitat an, um ihr Demokratieverständnis darzulegen: „Im Ernstfall kommt es nicht so sehr darauf an, ob Demokratien hinreichend demokratisch sind, sondern ob sie auf fähige, kompetente und mitreißende Minoritäten zurückgreifen können.“ (Führersystem).

In Bezug auf die Globalisierung meinen sie mit „undemokratisch“, dass den Staaten im Zuge der Globalisierung die Politikfähigkeit abhanden kommt. Was wiederum hier heißt, dass sie nicht wollen, dass sich andere Länder einmischen und in die Staatsangelegenheiten eingreifen. Dies befürchten auch andere Globalisierungskritiker. Die (begründete) Sorge der Nazis aber ist, dass im Falle demokratieschädlicher oder menschenrechtsverletzender Vorgänge in Deutschland, die Ländergemeinschaft Einspruch erheben würde.

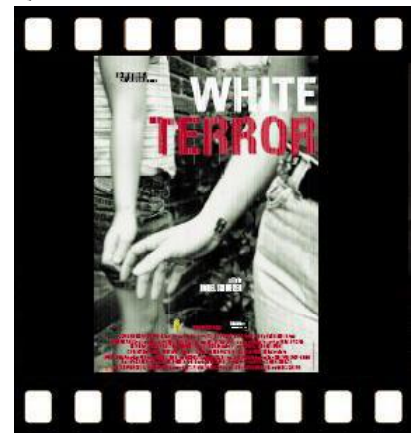
Auch passt den Nazis die Vorstellung einer Besetzung durch andere Länder nicht, die vielleicht neue Gebiete erschließen können wollten. Hier sollte man sich die in rechten Kreisen beliebten Karten vor Auge führen, die eine bemerkenswert andere Einteilung der Grenzen Deutschlands und anderer Länder in Europa aufzeigen, als in aktuellen, interna-

Film
ab!



Zum Freitag, den 25. Mai laden wir euch zu einem antifaschistischen Filmabend ins Jugendzentrum Die 9 in Herford ein. Die Filmvorführung startet um 18Uhr.

Jugendzentrum Die 9 - Auf der Freiheit 9 - 32051 Herford



[Dokumentarfilm, 90 Min]

Sie haben alte Symbole durch neue ersetzt und organisieren sich über selber gegründete Vertriebe, Musikclubs, Magazine, eigene Verlage und das Internet. Im Zug der Globalisierung fallen einst klar definierte Grenzen und weltweit erreicht rassistische Propaganda über eine wachsende Anzahl von Büchern, Websites, CDs und Videokassetten immer größere Bevölkerungsgruppen.



Antifaschistische Gruppe Herford

Kontakt:

Email: antifa-hf@web.de

Website: <http://www.genugistgenug.net>

2007 - Jahr des Aufschwungs

Ja, es aufschwungt wie verrückt: Unternehmen vermelden Auftrags- und Gewinnrekorde, Politiker jubeln über steigende Steuereinnahmen, das Sinken der Arbeitslosenzahlen und darüber, dass jetzt alles superschön ist. Selbst RentnerInnen und Hartz-IV-EmpfängerInnen sollen jubeln. Sie werden im Sommer mit einer satten Erhöhung ihrer Bezüge um 0,54 Prozent beglückt. Damit die Bevölkerung auch keine Schwierigkeit hat den neuen Wohlstand zu genießen wurden extra die Ladenöffnungszeiten weitestgehend aufgehoben.

Doch was ist eigentlich los? Anders als im vergangenen Sommer laufen ob dieser guten Nachrichten keine Pulks freudetrunkener EinwohnerInnen die Deutschlandfahne wedelnd und „Angie, Angie“-Rufe anstimmend durch die Innenstädte. Ist der Bundesdeutsche undankbar? Gibt es zwei Welten? Talkshow- und Normalo-Welt? Schauen wir mal, was die BürgerInnen hindert die Mundwinkel hemmungslos nach oben zu ziehen.

Positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt

Monatlich verkündet die Bundesagentur für Arbeit (Bundesanstalt war trefender) das absolute Sinken der Arbeitslosenzahlen und das Sinken der Ausgaben der Arbeitslosenversicherung. Das ist ja prima – könnte man meinen. Hinter diesen Positivmeldungen verbergen sich zum Gutteil statistische Tricks. Tausende von 1-Euro-Arbeitsdienstlern, Leute in Fortbildungen, Krankengeschriebene, Minijobber... tauchen in der Arbeitslosenstatistik nicht auf, gelten nicht mehr als arbeitslos. Ebenso suchen – rein statistisch – Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz gefunden haben und sich in Warteschleifenmaßnahmen befinden, keinen Ausbildungsplatz mehr und werden als versorgt gefeiert.

Und wie ist es bei denen, die „erfolgreich“ in den 1. Arbeitsmarkt integriert werden? Beim Großteil der neugeschaffenen Arbeitsplätze handelt es sich um – in der Regel schlecht bezahlte – Vollzeitjobs, Minijobs und Jobs bei Zeitarbeitsfirmen. Die Zahl von über 500.000 Vollzeitbeschäftigten, die so wenig verdienen, dass sie zusätzlich Hartz IV erhalten, zeigt wie toll der Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt ist. Viele Belegschaften und Erwerblose wurden in den vergangenen Jahren zu Lohnsenkungen, Billigjobs und Arbeitszeitverlängerungen erpresst. Die Reallöhne sanken. Das muss so weitergehen, so die Forderungen der Unternehmen, deren Vorstände sich gleichzeitig Lohnerhöhungen im zweistelligen Prozentbereich gönnten. Für abhängig Beschäftigte und Erwerblose gibt es bislang kaum Gründe in den Aufschwungjubiläum einzustimmen.

Weniger Staatsschulden dank Aufschwung?

Besonders bejubeln die Politiker derzeit das Steigen der Steuereinnahmen des Staates. Begleitet wird dieser Jubel mit den Forderungen der Wirtschaft die Unternehmenssteuern weiter zu senken. Woher stammen aber die zusätzlichen Einnahmen? Die Erhöhung der Mehrwertsteuer Anfang des Jahres von 16 auf 19 Prozent, die erhebliche Kürzung der Pendlerpauschale für Erwerbstätige sowie die Senkung der Bezugsdauer für das Kindergeld um zwei Jahre spülen Geld in die Staatskasse. Die Erhöhung der Staatseinnahmen stammt also vor allem aus den Portemonnaies der Normalbürger. Zugute kommen die Einnahmen vor allem den Reichen, denen die Steuern auch in diesem Jahr gesenkt werden (s. Unternehmenssteuerreform).

Aufschwung und Sozialleistungen

Trotz des verkündeten Aufschwungs geht auch in diesem Jahr der Sozialabbau ungebremst weiter. Die gerade verabschiedete Gesundheitsreform führt zu nichts anderem als die Erhöhung der Beiträge der Versicherten. Schon zum 1. Januar erhöhten zahlreiche Krankenversicherungen die Beiträge. Weitere Beitragserhöhungen sind für dieses Jahr angekündigt. Immer mehr Krankheitskosten sind von den Kranken selbst zu tragen. In vielen Arztpraxen liegen Preislisten für selbst zu zahlende Behandlungs- und Vorsorgekosten wie Speisekarten aus. Gesundheit ist abhängig von den Einkommensverhältnissen der Kranken. Im Gegenzug wurden die sogenann-

Aufschwung ?

Kinderarmut:

2006 leben 1,89 Millionen Kinder unter 15 Jahren in Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften. (+ 10% gegenüber 2005)

Einkommensarmut:

Die Einkommensarmut ist von 12,9% 1999 auf 17,4% im Jahr 2005 gestiegen. Als arm gilt hier, wer weniger als 60% des Durchschnittseinkommens zur Verfügung hat. 2,5 Mio. Vollzeitbeschäftigte arbeiten zu Löhnen, die weniger als 50% des Durchschnittslohnes betragen.

1-Euro-Jobs

Ende März waren 262000 Menschen in 1-Euro-Jobs beschäftigt und galten für die Aufschwungjubler als nicht mehr arbeitslos.

Leiharbeiter

Von den im Jahr 2006 entstandenen 452.000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen sind über die Hälfte bei Leiharbeitsfirmen angesiedelt. Gegenwärtig arbeiten ca. 600.000 Menschen bei Leiharbeitsfirmen. z.B. sind bei BMW 30 % der Beschäftigten Leiharbeiter.

Ausbildungsplätze

Den von Oktober 2006 bis April 2007 gemeldeten 342.000 Ausbildungsstellen stehen 552.300 BewerberInnen gegenüber.

Asoziales I

Die Vorstandsmitglieder der 30 Dax-Unternehmen verdienen im Jahr 2006 durchschnittlich 2,7 Millionen Euro. Das waren satte 15,3 % mehr als 2005.

Asoziales II

Die Gewinne der 30-Dax-Konzerne beliefen sich im Jahr 2006 auf 62,2 Milliarden Euro. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt das einen Zuwachs von 19,7 %. Dabei erzielten mehr als die Hälfte der Dax-Konzerne den höchsten Gewinn in ihrer Firmengeschichte. Allein die Allianz AG steigerte den Gewinn um 60 % auf rund 7 Mrd. Euro und hält nach wie vor an der Entlassung von 7.500 abhängig Beschäftigten fest.

Asoziales III

Das Champagner-Geknalte ob der Rekordprofite ist begleitet von einem bisher einmaligen Dividendenfeuerwerk. Allein die Dax-30-Konzerne haben im Frühjahr für das abgelaufene Geschäftsjahr 27,3 Milliarden Euro an die Aktionäre ausgeschüttet - eine Steigerung von fast 20 % gegenüber dem Vorjahr. Allein die 30 im Dax notierten Konzerne schütten damit für das Geschäftsjahr 2006 weit mehr an ihre Aktionäre aus, als alle 500.000 Kapitalgesellschaften (AGs und GmbHs) zusammen im gleichen Jahr an das Gemeinwesen an Körperschaftsteuer zahlten: das waren nur 22,9 Milliarden Euro.

ten „Arbeitgeberanteile“ zur Krankenkasse durch die Gesundheitsreform festgeschrieben.

Auch bei der Renten- und Arbeitslosenversicherung sieht es für den „gemeinen“ Bürger nicht besser aus: Eine Anpassung der Rentenhöhe an die Teuerungsrate findet nicht statt. Die negative Lohnentwicklung hat nichts anderes als die Altersarmut eines großen Teils der abhängig Beschäftigten zur Folge. Die Erhöhung der Lebensarbeitszeit ist eine Provokation mit dem Ziel das Rentenniveau weiter zu senken. Die vielgepriesene private Vorsorge ist realistisch betrachtet nur eine Option für Menschen, die das Geld dafür übrig haben und die werden immer weniger. Erwerbslose werden mit dem Ziel der Einsparung von Geldern immer weiter gegängelt. Sie müssen Löhne unter der Armutsgrenze annehmen – sonst wird ihnen das Arbeitslosengeld gesperrt. Besonders zynisch ist, dass sie bei einer solchen Sperre nicht mehr als arbeitslos gelten. Besonders betroffen durch die Verschärfungen sind junge Menschen unter 25 Jahren. Ihnen wird mit der Kürzung aller Leistungen gedroht. Aber auch das reicht Politik und



Wirtschaft nicht. Immer wieder werden Forderungen nach einer weiteren Senkung des Hartz-IV-Niveaus laut. Gleichzeitig wird eine Erhöhung der Beiträge zur Pflegeversicherung angekündigt.

Aufschwung für die Einigen....

Ja, der Aufschwung findet statt – nämlich in den Geldbörsen der Reichen, während die Lebenssituation der Normalbevölkerung immer dramatischer wird.

Das eine ist vom anderen nicht zu trennen. Der Abbau von Löhnen und Sozialleistungen findet sich immer als Gewinne bei den Reichen wieder. Es sitzen zwar alle in einem Boot – um eine ausgelatschte Floskel der Politiker zu bemühen – nur die einen rudern und die anderen fahren Wasser-ski.

Wir sollten uns von dem ganzen Aufschwungeschwafel nicht beeindrucken lassen. Es ist notwendiger denn je gegen die

Lohnkürzungs- und Sozialabbaupolitik entschieden Widerstand zu leisten und eine Umverteilung von oben nach unten zu erkämpfen. Ansonsten wird es für die meisten von uns kaum eine menschenwürdige Zukunft geben.

Studienkredite statt BAföG

Inflation, Mehrwertsteuererhöhung und zunehmende Krankenkassenbeiträge, stetig steigende Semesterbeiträge und zwei Jahre weniger Kindergeld (das Bezugsalter des Kindergeldes wurde von 27 auf 25 Jahre gesenkt, d.h. 3696 Euro weniger pro Kind)... die Lebenshaltungskosten steigen, das BAföG tut es nicht. Und das, obwohl die unterlassene Anpassung des BAföG-Bedarfssatzes seit 2001 im Verhältnis zu den gestiegenen Lebenshaltungskosten einer tatsächlichen Senkung um 9,34% entspricht.

Die Bundesregierung jedoch sieht „keinerlei Veranlassung für eine Anpassung im BAföG“ wegen des (relativen) Erfolges von Studienkrediten. Klar, das Geschäft mit Neuverschuldung von naiven Frisch-Abiturienten läuft gut. In Anspruch nehmen müssen es nur angehende Studenten aus finanzschwachen Familien, deren Eltern sich eine Vollfinanzierung ihrer studierenden Kinder nun mal nicht leisten können. Und wo anfangs „zinslose Darlehen“ versprochen wurden, wird jetzt so getan als seien 8% effektiver Jahreszins noch nett. Überhaupt scheint das ursprüngliche Ziel der BAföG-Einführungen, nämlich „Chancengleichheit“ und mehr Studierende aus oben genannten finanzschwachen Familien, längst vergessen. Schon jetzt kommen nur noch 12% der Studierenden aus einkommensschwachen Familien. Nur noch halb soviel, wie vor 20 Jahren.

Schulden

Unsere Bundesbildungsministerin Annette Schavan hält das BAföG für ein Auslaufmodell und würde es lieber heute als morgen abschaffen. Lieber sind ihr Studiengebühren und verzinste Darlehen, nur für die strebsamen Besten gibt's ab und an Stipendien. Ein Studium kostet durchschnittlich ca. 10000 Euro im Jahr, davon können zur Zeit 8020 Euro durch BAföG und Kredite „geliehen“ werden. Bei Aufnahme eines Studienkredits würden sich die Schulden nach fünfjähriger Studienzzeit bereits auf 41600 Euro plus Zinsen belaufen (bei der ersten Anlaufstelle für Studienkredite, der staatlichen KfW-Bank, liegt der Zinssatz im Moment bei 6,3%, Tendenz steigend). Dabei wird die Rückzahlung zunehmend schwieriger, denn für einen Arbeitsplatz garantiert ein Studium heute auch nicht mehr. Der Rest unserer tollen großen Koalition ist auch nicht besser: Aussagen wie „die Sanierung des Haushalts hat höchste Priorität“ und „es ist eben kein Geld da“ stehen da den unerwartet hohen Steuereinnahmen des letzten Jahres gegenüber. In diesem Zusammenhang wirkt die vielbeschworene Absicht die Studierquote erhöhen zu wollen doch eher heuchlerisch. Des weiteren macht man sich bei groß angelegten Firmensubventionen auch nicht wirklich Sorgen um den Haushalt.

Scherzkekse

Die bei weitem lächerlichste Begründung ist allerdings mit Abstand die Empörung darüber, man könne doch nicht das BAföG erhöhen, wo es doch dreimal in Folge keine Rentenerhöhung gab.

Ja, Moment mal: Haben nicht die gleichen Leute, als die Frage der Rentenerhöhung noch im Raum stand, behauptet alle Rentner lägen nur den ganzen Tag faul auf Mallorca in der Sonne, gleich neben den bösen Arbeitslosen die den ganzen Tag tausende von Jobangeboten ablehnen?

Da bekommt man auch gar nicht das Gefühl, dass hier von den eigentlichen Problemen abgelenkt werden soll...